

**Vorbericht**

**zum**

**2. Nachtragshaushaltsplan**

**2015/2016**

## **Inhaltsverzeichnis Vorbericht**

1.	Allgemeine Begriffserläuterungen .....	I
2.	Sinn und Zweck der Haushaltsrechnung mit Ertrag und Aufwand .....	II
3.	Darstellung des Haushaltsplans .....	II
4.	Teilhaushalte .....	II
5.	Die Produktbildung .....	III
6.	Vorzeichen .....	IV
7.	Kalkulatorische Kosten .....	IV
8.	Zuführung und Entnahmen aus Rücklagen .....	V
9.	Personal- und Versorgungsaufwendungen .....	V
10.	Die Kosten- und Leistungsrechnung .....	VII
10.1	Allgemeines .....	VII
10.2	Interne Leistungsverrechnung (ILV) .....	VII
11.	Investitionen .....	VIII
12.	3-Komponenten-System, Bilanz und Jahresabschluss .....	IX
13.	Grundsätze der Deckungsfähigkeit (Budgetierung) .....	XI
13.1	Allgemeines .....	XI
13.2	Ausnahmen .....	XII
14.	Zweckbindung .....	XIII
15.	Zahlen und Fakten zum Haushaltsplan .....	XIII
15.1	Entwicklung der Haushaltssituation .....	XIII
15.2	Haushaltsjahr 2015 .....	XIV
15.3	Haushaltsjahr 2016 .....	XIV
15.4	3. Nachtragshaushalt 2015/2016 .....	XV
15.5	Die Entwicklung der Investitionskredite .....	XVI
15.6	Die Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung .....	XVI
15.7	Die Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge .....	XVII
15.8	Die Entwicklung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen .....	XVIII
15.9	Die Entwicklung des Eigenkapitals .....	XIX
15.10	Die Entwicklung der Jahresergebnisse .....	XX
16.	Betriebe gewerblicher Art .....	XX
17.	Kommunaler Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz .....	XXII
18.	Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern .....	XXII

# Vorbericht

## **1. Allgemeine Begriffserläuterungen**

### Erträge

In Geld ausgedrückter, aber nicht unbedingt zahlungswirksamer Wertezuwachs in einem Zeitabschnitt.

Die Erträge sind im Gegensatz zu Aufwendungen die bewertete Güterentstehung eines Unternehmens innerhalb einer Periode, d.h. die Erhöhung des Nettovermögens.

### Aufwendungen

Der Aufwand ist die Summe der Ausgaben für die in einer Abrechnungsperiode verbrauchten Güter und Dienstleistungen, z.B. verwendete Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Wertminderung an Gebrauchsgütern (Abschreibungen), Löhne, Gehälter, Besoldungen, Aufwand für Leistungen von Dritten und einseitige Transferleistungen.

Nicht jeder Aufwand ist ausgabenwirksam (z.B. Abschreibungen).

### Einzahlungen

Einzahlungen sind Erhöhungen des Bargeldbestandes und Gutschriften auf Girokonten.

### Auszahlungen

Auszahlungen sind Verminderungen des Bargeldbestandes und Abgänge auf Girokonten.

### Kostenstelle

Frage: Wo sind die Kosten angefallen?

Organisatorische Einheit, die die Kosten verursacht haben.

### Kostenträger

Frage: Wer hat die Kosten verursacht?

Für die angefallenen Kosten verantwortliche Leistungen.

### Kostenart

Frage: Welche Kosten sind angefallen?

Die einzelnen Kosten sind in den Sachkonten des Kontenplans zu finden. Diese enthalten z.B. Sach- oder Personalkosten, Zuschüsse etc.

## **2. Sinn und Zweck der Haushaltsrechnung mit Ertrag und Aufwand**

Ein wichtiges Thema der seit Jahren in den Kommunen Einzug haltenden Verwaltungsreform ist die Ablösung der schlichten Mittelverwendungsbetrachtung durch das Ressourcenverbrauchsmanagement.

Danach soll der Ressourcenverbrauch bzw. -zuwachs in den jeweiligen Haushaltsjahren sichtbar gemacht werden, in denen er tatsächlich stattfindet. Dies soll letztendlich einer intergenerativen Gerechtigkeit dienen.

Der Ressourcenverbrauch soll durch entsprechendes Ressourcenaufkommen bereits im jeweiligen Haushaltsjahr gedeckt werden.

Der durch die Nutzung bedingte Wertverlust eines Vermögensgegenstands, zum Beispiel eines Fahrzeugs, soll also durch entsprechende Abschreibungen in allen Jahren der Nutzung berücksichtigt und durch Erträge, zum Beispiel Benutzungsgebühren, gedeckt werden.

Die erst in Zukunft zu zahlenden Pensionen sind bereits in den Jahren, in denen sie wirtschaftlich verursacht werden, anzusammeln.

Die Umsetzung des Ressourcenverbrauchsmanagements erfolgt im kommunalen Rechnungswesen durch die Erfassung von Aufwendungen und Erträgen.

Das kommunale Rechnungswesen lehnt sich dabei weitgehend an das kaufmännische Rechnungswesen an. Wie in einer nach dem HGB vorgeschriebenen Gewinn- und Verlustrechnung sollen die kommunalen Ressourcenverbräuche bzw. -zuwächse durch Aufwendungen bzw. Erträge in Ergebnisplänen und Ergebnisrechnungen dargestellt werden.

## **3. Darstellung des Haushaltsplans**

Der Haushaltsplan wird auf Produktebene abgebildet. Darüber hinaus bestehen weitere Auswertungsebenen, die jederzeit im System abgerufen werden können und somit einen größeren Informationsgehalt bieten.

Die im Haushaltsplan abgedruckten Konten fassen überwiegend mehrere Konten zusammen. Die Erläuterungen zu den einzelnen Ansätzen beziehen sich jedoch grundsätzlich auf die Einzel- bzw. Unterkonten, da die Fachreferate ihre Mittelanmeldung auf die jeweilige Konto-Kostenträger-Kostenstellenkombination, über die gebucht wird, vornehmen.

## **4. Teilhaushalte**

Die rheinland-pfälzischen Gemeindehaushalte sind nach § 4 GemHVO RP angemessen in Teilhaushalte zu gliedern.

Jeder Teilhaushalt besteht aus einem Teilergebnishaushalt und einem Teilfinanzhaushalt. Die Teilhaushalte sind dabei produktorientiert auf der Grundlage des vom fachlich zuständigen

Ministerium bekannt gegebenen Produktrahmenplan funktional oder nach der örtlichen Organisation institutionell zu gliedern.

Die Stadtverwaltung Kaiserslautern hat ihren Haushaltsplan institutionell nach Referaten in 19 Teilhaushalte gegliedert. Der Hauptproduktbereich 6 (Allgemeine Finanzwirtschaft) wurde gemäß den Vorgaben des Gesetzes als eigener Teilhaushalt aufgenommen.

## **5. Die Produktbildung**

Die Produktbildung im doppelischen Haushalt führt zu einer ressourcen- und zielorientierten Denk- und Arbeitsweise in der Kommunalverwaltung. Im Zentrum steht die Outputorientierung und kostenbewusste Steuerung des Verwaltungsgeschehens.

Ein Produkt ist als „Leistung oder Gruppe von Leistungen“ zu definieren, für die von „Stellen innerhalb oder außerhalb der Verwaltung eine Nachfrage besteht und für die prinzipiell ein Entgelt entrichtet werden müsste.“

Leistungen sind konkrete Arbeitsergebnisse einer Kommune. So werden zum Beispiel im Teilhaushalt des Referats Personal (11) die Leistungen „Personalabrechnung und Beihilfen“ (11201), „Personaleinsatz und Stellenplan/Stellenbewertung“ (11202) und „Personalservice“ (11203) zu dem Produkt „Personal“ (1120) zusammengefasst.

Der Produktplan der Stadtverwaltung Kaiserslautern umfasst derzeit 188 Produkte und 305 Leistungen, diese werden der Entwicklung der Verwaltungsaufgaben kontinuierlich angepasst. Die Produkte werden im Haushaltsplan unter Nennung der Produktverantwortung, der Auftragsgrundlage und einer Beschreibung des Produkts sowie seiner Ziele dargestellt. Außerdem werden die ihm zugehörigen Kostenträger angezeigt.

In Zusammenhang mit der Planung und Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben im Bereich der Flüchtlingshilfe wurden im Produkt- und Kostenträgerbereich folgende Änderungen vorgenommen: :

### Referat Recht und Ordnung (30):

1226 – Aufenthaltsrecht von Ausländern (einschl. Asylbewerber und Flüchtlinge)

### Referat Soziales (50):

3130 – Hilfen für Asylbewerber, neuer Kostenträger 31303 – (bis 31.12.2015

Asylbewerberunterkünfte, ab 01.01.2016 Stabsstelle Asyl)

3131 – Hilfen für Asylbewerber / Flüchtlinge

3132 – Leistungen außerhalb AsylbLG

3133 – Sammelunterkünfte und Mieten

## 6. Vorzeichen

Eine Besonderheit des Finanzsystems der Firma Infoma ist es, dass die Haushaltsansätze mit Vorzeichen versehen sind. Da diese einen betriebswirtschaftlichen Hintergrund haben, folgen sie nicht der „Logik“, die man vielleicht erwarten würde (Erträge und Einzahlungen positiv, Aufwendungen und Auszahlungen negativ).

Im Haushaltsplan werden also zum einen Beträge mit Minus, andere wiederum ohne Vorzeichen dargestellt. Es gilt deshalb Folgendes:

- Erträge und Auszahlungen: negativ (Minuszeichen)
- Aufwendungen und Einzahlungen: positiv (ohne Vorzeichen)

## 7. Kalkulatorische Kosten

### Abschreibungen oder AfA (Absetzung für Abnutzung)

Abschreibungen sind kalkulatorische Kosten. Sie erfassen den Werteverzehr für materielle und immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens, die nicht innerhalb einer Rechnungsperiode verbraucht werden. Dadurch kann der Werteverzehr auf die Nutzungszeit verteilt werden.

Die Abschreibung erfolgt grundsätzlich linear, also gleichmäßig über die Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes verteilt. In Ausnahmefällen darf die Abschreibung geometrisch-degressiv (mit fallenden Beträgen) oder nach Maßgabe der Leistungsabgabe (Leistungsabschreibung) erfolgen. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung ist ein Vermögensgegenstand außerplanmäßig abzuschreiben.

Anlagegüter mit Wert über 410 € netto werden auf die Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände (GWG) mit einem Anschaffungswert von 60 - 410 € (netto) wurden in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 direkt im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben. Seit dem Haushaltsjahr 2011 werden GWG ausschließlich als Aufwand, also im Ergebnishaushalt, geplant und verbucht.

### Auflösung von Sonderposten

Im kommunalen Bereich kommt der Finanzierung von Investitionen (z. B. zum Bau von Straßen und Schulen) bzw. der Anschaffung von werthaltigen Vermögensgegenständen (z. B. Feuerwehrfahrzeugen oder Spielgeräten) eine besondere Bedeutung zu. Um diese Zuwendungen bilanziell abbilden zu können, werden Sonderposten gebildet. Sie stellen die bilanzielle Abbildung der von der Gemeinde empfangenen Investitionszuweisungen dar.

Die Zuwendungen werden in der Bilanz ausgewiesen und nach Maßgabe des Zuwendungsverhältnisses ertragswirksam aufgelöst und stellen somit ein Pendant zur Abschreibung des durch die Zuwendung finanzierten Vermögensgegenstandes dar.

Im Falle von erhaltenen Zuwendungen ist der Sonderposten auf der Passivseite als Gegenposition zu dem Vermögensgegenstand abzubilden, der mit Hilfe der Zuwendung teilfinanziert wurde.

## **8. Zuführung und Entnahmen aus Rücklagen**

### **Derzeitige Rücklagen:**

- private Ausgleichsflächen
- Kellerei Hohenecken
- Kompensation Grünflächen
- Öko-Konto
- Vermächtnis Hertel
- Bumiller-Raab-Stiftung
- Kommunale Versorgungsrücklage

### **Seit Einführung der Doppik aufgelöste Rücklagen:**

- KfZ-Stellplätze  
Derzeitiger Stand der Rücklage ist 0 €. Im Bedarfsfall kann diese Rücklage wieder aufleben.
- Fehlbelegungsabgabe  
Derzeitiger Stand der Rücklage ist 0 €. Im Bedarfsfall kann diese Rücklage wieder aufleben.
- NATO-Musikfest  
Rücklage wurde aufgelöst. Das Fest wird seit dem Jahr 2012 nicht mehr veranstaltet.
- KSI  
Rücklage wurde im Jahr 2011 aufgelöst.
- Grabpflege Meier  
Die Grabpflegeverpflichtung ist zum 31.12.2014 erloschen. Im Jahresabschluss 2015 wird diese Rücklage aufgelöst.

Die Entnahmen und Zuführungen aus Rücklagen werden gemäß der Überführungstabelle der Doppik im jeweiligen Jahresabschluss verbucht.

## **9. Personal- und Versorgungsaufwendungen**

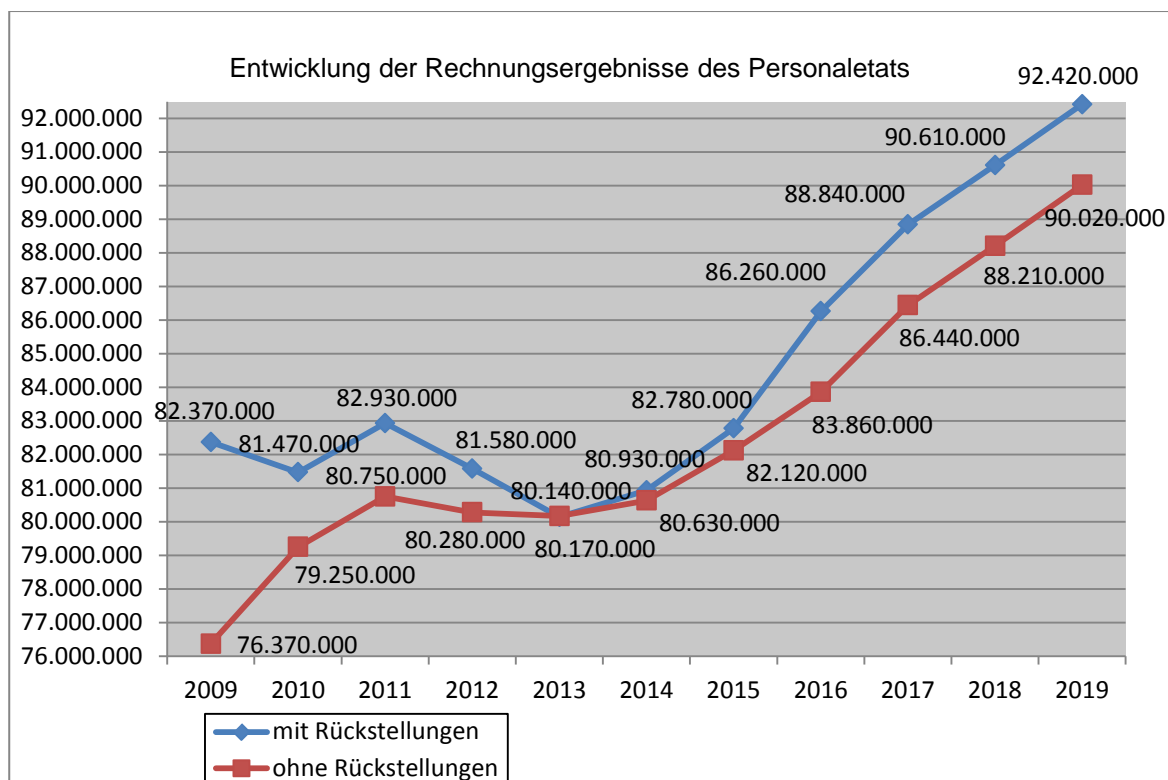
Die Planungen für den Personaletat 2016 basieren auf der Betrachtung der Entwicklung des Haushaltsjahres 2015 gegenüber dem unmittelbaren Vorjahr sowie weiteren vorausschauenden Betrachtungen, in die u.a. die Tarifverhandlungen einfließen.

Das voraussichtliche Ergebnis in der Finanzrechnung 2015 wird gegenüber 2014 um ca. 1,5 Mio € höher liegen. Grund dafür ist insbesondere die Tarifierhöhung 2015 (+2,4 % ab März 2015) sowie die Besoldungsanpassung 2015 (+2,1 % ebenfalls ab März 2015), dem die Auswirkungen des Stelleneinsparbeschlusses gegenüber stehen.

Im Ergebnishaushalt wirkt sich der o. a. Stelleneinsparbeschluss ebenfalls aus. Allerdings steht dieser Aufwandsminderung neben dem o. a. Tarifiergebnis eine hohe Aufwandsmehrung auf Grund des positiven Saldos zwischen Zuführungen und Auflösungen der Rückstellungen entgegen.

Auch in den Folgejahren wird (trotz derzeit sinkendem Personalbestand) der Aufwand für die Zuführungen zu den Rückstellungen den Ertrag aus Auflösung der Rückstellungen voraussichtlich übersteigen, z.B. entfallen die Auflösungen aus Altersteilzeitrückstellungen ab 2016 komplett. Dies führt letztendlich auch wegen den einkalkulierten Tarif- und Besoldungssteigerungen insgesamt weiterhin zu einem stetigen Anstieg der Personalaufwendungen. Dieser wird auf Grund der aktuellen Beschlusslage bis einschließlich 2015 leicht abgeschwächt.

Nach derzeitigem Planungsstand ist folgende Entwicklung ersichtlich:



(Zur Abbildung: 2009-2015 voraussichtliche Rechnungsergebnisse, Schätzungen ab 2016 auf Basis des Finanzhaushaltes)

Den Personaletatplanungen 2016 ff. liegen zugrunde

- der Stellenplanentwurf 2016 einschl. des Beschlusses vom 21.11.2011 (struktureller Vorschlag zur Personalkostenkonsolidierung)
- die Verpflichtungen aus Arbeitsverträgen bzw. beamtenrechtlichen Bestimmungen
- eine unterstellte, jährliche Tarifsteigerung (2 %) sowie die Besoldungserhöhung (2,3 % ab März 2016)
- 7,75 % zusätzliche Altersvorsorge der tariflich Beschäftigten
- 19,325 % Sozialversicherung



- Rd. 300 € durchschnittlicher Unfallkassenbeitrag je tariflich Beschäftigter bzw. Beschäftigtem
- 2 % Leistungsentgelt nach § 18 Abs. 3 TVöD
- Versorgungsumlage und -rücklage der Beamtinnen und Beamten bzw. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (tendenziell steigend da umlage- bzw. rücklagepflichtige Dienstbezüge steigen).

Im Ergebnishaushalt ist ein ausfinanzierter Stellenplan unter Verwendung hausinterner Durchschnittswerte, im Finanzhaushalt der voraussichtliche Zahlungsmittelbedarf für das vorhandene Personal abgebildet.

## **10. Die Kosten- und Leistungsrechnung**

### **10.1 Allgemeines**

Die Kosten- und Leistungsrechnung ist im § 12 der Gemeindehaushaltsverordnung manifestiert. Demzufolge soll jede Kommune nach den örtlichen Bedürfnissen als „Grundlage für die Verwaltungssteuerung“ und zur „Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltung eine Kosten- und Leistungsrechnung für alle Bereiche der Verwaltung“ einführen. Sie dient der Erfassung, Verteilung und Zurechnung der Kosten, die bei der betrieblichen Leistungserstellung und -verwertung entstehen, um eine betriebliche Disposition und gleichzeitig eine kontrollierende Vergangenheitsrechnung zu ermöglichen.

Bei der Stadt Kaiserslautern wurden Kostenstellen auf Gruppen-, Abteilungs- und Referatsebenen gebildet, welche die örtliche Verwaltungsorganisation widerspiegeln; diese sind dem Kostenstellenplan zu entnehmen.

Die Produkte/Leistungen stellen die Kostenträger dar.

Derzeit befinden wir uns in der Einrichtung des Infoma-Moduls KLR. Nach der Grundlagen-Schulung für die Kosten- und Leistungsrechnung im Softwaresystem werden Bereiche aus der Verwaltung herausgesucht, in denen es sinnvoll ist, die KLR einzuführen. Eine Auflistung dieser Verwaltungsbereiche wird dem Stadtrat zu gegebener Zeit vorgelegt.

### **10.2 Interne Leistungsverrechnung (ILV)**

Die Interne Leistungsverrechnung als ein Instrument der Kosten- und Leistungsrechnung dient der Erfassung, Verteilung und Zurechnung der Auszahlungen/Aufwendungen und Einzahlungen/Erträge, die bei der internen Leistungserstellung und Leistungsverwertung eines Teilhaushaltes für andere Teilhaushalte entstehen.

Die Verrechnung kann anhand von Verrechnungswerten nach dem Kostenverursachungs- oder Durchschnittsprinzip erfolgen. (§ 4 Abs. 10 GemHVO).

Mehrere Organisationseinheiten einer Behörde erbringen Serviceleistungen für andere Organisationseinheiten derselben Behörde. Durch die innerbehördliche Leistungsverrechnung

werden diese Leistungsbeziehungen kostenmäßig bewertet und die Kosten von der leistenden Kostenstelle an die nachfragende Kostenstelle weiterbelastet.

Im städtischen Haushalt wurden bisher lediglich die von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung erbrachten Leistungen für Eigenbetriebe und Beteiligungen verrechnet und diesen als Verwaltungskostenerstattungen in Rechnung gestellt. Die daraus resultierenden zahlungswirksamen Erträge werden auf die verschiedenen Teilhaushalte verteilt, wobei sich die Verteilung nach der seitens der Fachreferate gemeldeten Leistungen richtet.

Auf diese Weise wurde für 2013 rund 350.000 € gegenüber den Beteiligungen und Eigenbetrieben abgerechnet.

Im Rahmen der internen Leistungsverrechnung werden bereits Leistungen innerhalb der Kommune verrechnet, nämlich die Leistungen gegenüber den Betrieben gewerblicher Art (BgA).

Die Reinigungskosten wurden im kameralen Haushaltsplan auf die Unterabschnitte verrechnet. Maßgeblich ist in Zukunft jedoch das Produkt. Dieses stellt eine zumeist viel kleinere Einheit als der Unterabschnitt dar. Da hierfür die Datengrundlagen nicht vorhanden waren, ist eine Verrechnung der Reinigungskosten zurzeit im doppischen Haushalt nicht möglich.

Die Interne Leistungsverrechnung richtet sich bei der Stadt Kaiserslautern nach dem Informationsbedürfnis der Verwaltung und der politischen Gremien. Der Umfang und Detaillierungsgrad der internen Leistungsverrechnung wird eine sukzessive Erweiterung erfahren.

## **11. Investitionen**

### Allgemeines

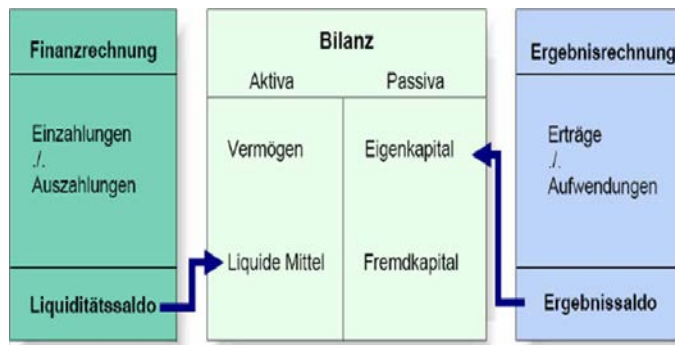
Das Auszahlungsvolumen für **Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** beträgt im Nachtragshaushalt 2016 **29.189.628 €** gegenüber bisher **34.535.180 €**. Zur Finanzierung wird u. a. eine Kreditaufnahme von **16.356.087 €** gegenüber bisher **16.927.119 €** erforderlich sein.

## 12. 3-Komponenten-System, Bilanz und Jahresabschluss

Das doppische Haushaltsrecht wird von dem so genannten 3-Komponenten-System geprägt.

Diesem System liegen folgende Komponenten zugrunde:

- Der Ergebnishaushalt bzw. die Ergebnisrechnung,
- der Finanzhaushalt bzw. die Finanzrechnung,
- die Bilanz.



### Bilanz

Die Bilanz ist eine stichtagsbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Mittelverwendung) auf der Aktiva und dessen Finanzierung (Mittelherkunft) auf der Passiva.

In seiner Sitzung am 14.12.2015 hat der Stadtrat den Jahresabschluss 2013 der Stadt Kaiserslautern mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.345.027.451,01 € festgestellt. Diese Bilanzsumme setzt sich aus den folgenden wesentlichen Einzelpositionen zusammen:

Bilanzposition	Betrag
<b>AKTIVA</b>	
1. Anlagevermögen	1.309.986.261,92 €
2. Umlaufvermögen	29.848.908,07 €
3. Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00 €
4. Rechnungsabgrenzungsposten	5.192.281,02 €
5. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €
<b>SUMME AKTIVA</b>	<b>1.345.027.451,01 €</b>
<b>PASSIVA</b>	
1. Eigenkapital	100.317.285,54 €
2. Sonderposten	252.368.719,85 €
3. Rückstellungen	162.272.771,86 €
4. Verbindlichkeiten	828.354.803,72 €
5. Rechnungsabgrenzungsposten	1.713.870,04 €
<b>SUMME PASSIVA</b>	<b>1.345.027.451,01 €</b>

Der Jahresabschluss 2014 wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch die Verwaltung aufgestellt. Eine vorläufige Auswertung der Bilanzpositionen ergibt eine Bilanzsumme in Höhe von 1.364.076.300,94 € zum Stichtag 31.12.2014.

### **Ergebnishaushalt bzw. Ergebnisrechnung**

In Ergebnishaushalt und -rechnung werden Ressourcenverbrauch und -aufkommen in Form von Aufwendungen und Erträgen dargestellt.

Aufwendungen sind der in Geld bewertete Werteverzehr an Gütern und Dienstleistungen innerhalb eines Haushaltsjahres. Erträge sind der in Geld bewertete Wertezuwachs an Gütern und Dienstleistungen innerhalb eines Haushaltsjahres. § 2 Abs. 1 GemHVO gibt die Mindestinhalte vor. Das Jahresergebnis (Ergebnissaldo) der Ergebnisrechnung fließt in die Schlussbilanz ein und zeigt unmittelbar die Veränderungen des kommunalen Eigenkapitals an (siehe Schaubild).

Im Jahr 2013 schließt die Ergebnisrechnung der Stadt Kaiserslautern mit einem Defizit von 4.091.534 € ab, wobei sich in diesem Haushaltsjahr diverse Sondereffekte positiv auf das Jahresergebnis ausgewirkt und somit den Jahresfehlbetrag erheblich reduziert haben.

Für das Jahr 2014 ist die Bezifferung eines vorläufigen Jahresfehlbetrags zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich, da einige Abschlussarbeiten, darunter auch die Buchungen zu den Abschreibungen und der Auflösung von Sonderposten, ausstehen.

### **Finanzhaushalt bzw. Finanzrechnung**

Der Finanzhaushalt gibt einen Überblick über die aktuelle Finanzlage der Verwaltung, indem er einzelne Positionen der Ein- und Auszahlungen gegenüberstellt. § 3 Abs. 1 GemHVO gibt die Mindestinhalte vor.

Der Liquiditätssaldo (Überschuss/Fehlbetrag) der Finanzrechnung beeinflusst den Bestand an liquiden Mitteln (Bank, Kasse) in der Bilanz (siehe Schaubild).

Die Finanzrechnung 2013 der Stadt Kaiserslautern schließt mit einem Finanzmittelüberschuss in Höhe von 339.785,25 € ab. Daher liegt das Ergebnis über 35,8 Mio. € unter dem geplanten Defizit.

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit zum Ende des Haushaltsjahres 2013 betrug -986.325,12 €. Dieser Saldo liegt um 36.449.404,12 € unter den geplanten Ansätzen.

Für das Jahr 2014 schließt die vorläufige Finanzrechnung (Stand 12.02.2016) der Stadt Kaiserslautern mit einem Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 6.334.468,53 € ab. Somit verbleibt das vorläufige Ergebnis rund 20,6 Mio. € unter dem geplanten Defizit von 26.886.887,- €.

Für die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit zum Ende des Haushaltsjahres 2014 ergibt sich ein vorläufiges Saldo in Höhe von 6.636.474,52 €, welches um 20.250.412,48 € unter den geplanten Ansätzen liegt.

### **Jahresabschluss**

Im Jahresabschluss wird das Ergebnis der Haushaltswirtschaft innerhalb eines Haushaltsjahres abgebildet.

Der kommunale Jahresabschluss besteht aus:

- der Ergebnisrechnung,
- der Finanzrechnung,
- den Teilrechnungen,
- der Bilanz,
- dem Anhang.

Dem Jahresabschluss sind als Anlagen der Rechenschaftsbericht, der Beteiligungsbericht gemäß § 90 Abs. 2 GemO, die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht, die Verbindlichkeitenübersicht und eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltende Haushaltsermächtigungen beizufügen.

Der Jahresabschluss hat einerseits eine Kontroll- und Informationsfunktion, da z. B. für die Bürgerinnen und Bürger, sowie die Politik ein Mindestmaß an Informationen über die Haushaltswirtschaft zur Verfügung gestellt wird.

Andererseits erfüllt der Jahresabschluss eine Ergebnisermittlungsfunktion, indem der Ressourcenverbrauch und das Ressourcenaufkommen eines Haushaltjahres ermittelt werden. Dies ist von besonderer Bedeutung, da der Haushaltsausgleich in erster Linie auf das Jahresergebnis bezogen wird.

## **13. Grundsätze der Deckungsfähigkeit (Budgetierung)**

### **13.1 Allgemeines**

Soweit in der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) nichts anderes bestimmt ist, dienen nach § 14 GemHVO (Grundsatz der Gesamtdeckung)

1. die Erträge insgesamt zur Deckung der Aufwendungen,
2. die ordentlichen und außerordentlichen Einzahlungen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen,
3. die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und aus der Aufnahme von Investitionskrediten insgesamt zur Deckung der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

Gemäß § 16 Abs. 1 GemHVO (Deckungsfähigkeit) sind die Ansätze für Aufwendungen innerhalb eines Teilergebnishaushalts gegenseitig deckungsfähig, soweit im Haushaltsplan nichts anderes durch Haushaltsvermerk bestimmt wird.

Gemäß § 16 Abs. 2 GemHVO können Ansätze für Aufwendungen, die nicht nach Absatz 1 deckungsfähig sind, durch Haushaltsvermerk für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden, soweit sie sachlich zusammenhängen (vgl. 18.2).

Grundsätzlich sind somit alle Aufwendungen innerhalb eines Teilergebnishaushalts gegenseitig deckungsfähig. Für die einzelnen Produkte bzw. Konten sind, wo es sinnvoll erscheint, eigene Deckungskreise eingerichtet.

Gemäß § 16 Abs. 3 GemHVO können Ansätze für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit innerhalb eines Teilfinanzhaushalts durch Haushaltsvermerk jeweils für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden. Das Gleiche gilt für Verpflichtungsermächtigungen.

### **13.2 Ausnahmen**

Für die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** wird teilhaushaltsübergreifend ein eigener Deckungskreis gebildet, der vom Referat Personal bewirtschaftet und überwacht wird.

Eingehende **Spenden** (Zuweisungen/Zuschüsse/Sponsoringleistungen etc.) für laufende Zwecke dürfen in gleicher Höhe verausgabt werden; eventuell entstehende Mehraufwendungen gelten als über- bzw. außerplanmäßig bereitgestellt. Im lfd. Haushaltsjahr nicht verwendete Erträge dieser Art können allerdings nicht mehr wie früher als sog. „Rotabsetzung“ ins Folgejahr übertragen werden. Das bedeutet,

- dass entsprechende Haushaltsausgabereste gebildet werden müssen und
- folglich Ertrag und Aufwand veranschlagt sein müssen.

Die in Teilbereichen bisher geübte und eh rechtswidrige Praxis, Ertrag und Aufwand ohne Ansatz im Haushaltsplan auszuweisen, kann deshalb so nicht mehr gehandhabt werden.

Bei **Investitionen** sind die Einzahlungen aus Investitionszuwendungen bzw. für Sachanlagen zweckgebunden für Auszahlungen des gleichen Vorhabens zu verwenden. Mehreinzahlungen fließen den Auszahlungen zu.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit wird im **Finanzaushalt (bei Investitionen)** auf die Konten des gleichen Vorhabens (= Investitionsnummer) begrenzt.

Darüber hinaus sind **sachlich zusammenhängende** Investitionsnummern eines Vorhabens (z. B. ....-01 Planung, ....-02 Baukosten, ....-03 Beleuchtung) gegenseitig deckungsfähig.

Ausgenommen von dieser Regelung sind jedoch die Investitionen für Maschinen und technische Anlagen (> 410 €) sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen.

Grundsätzlich werden alle Abschreibungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Mehraufwendungen gelten als über- bzw. außerplanmäßig bereitgestellt.

Den Investitionen für aktivierte Eigenleistungen stehen korrespondierende Erträge im Ergebnishaushalt gegenüber. Da aktivierte Eigenleistungen nicht bedarfsgenau geplant werden können, erfolgt die Deckung einer evtl. notwendigen über- oder außerplanmäßigen Mittelbereitstellung ausnahmsweise durch das korrespondierende Ertragskonto.

Die gesetzlichen Bestimmungen zur Deckungsfähigkeit sind der GemHVO, Teil 3, Deckungsgrundsätze, Haushaltsausgleich (§ 14 ff) zu entnehmen.

#### **14. Zweckbindung**

Gemäß § 15 der GemHVO sind Erträge auf die Verwendung für bestimmte Aufwendungen beschränkt, soweit sich dies aus einer rechtlichen Verpflichtung ergibt. Sie können ferner durch Haushaltsvermerke auf die Verwendung für bestimmte Aufwendungen beschränkt werden, soweit sich die Beschränkung aus der Herkunft oder Natur der Erträge ergibt oder ein sachlicher Zusammenhang dies erfordert. Zweckgebundene Mehrerträge dürfen für entsprechende Mehraufwendungen verwendet werden.

Durch Haushaltsvermerk kann bestimmt werden, dass Mehrerträge bestimmte Aufwendungsansätze erhöhen oder Mindererträge bestimmte Aufwendungsansätze vermindern. Ausgenommen hiervon sind Mehrerträge aus Steuern in Höhe des nicht zur Deckung überplanmäßiger Umlageverpflichtungen gebundenen Betrags und Mehrerträge aus allgemeinen Zuweisungen und Umlagen.

Gleiches gilt für Einzahlungen und daraus zu leistende Auszahlungen.

#### **15. Zahlen und Fakten zum Haushaltsplan**

##### **15.1 Entwicklung der Haushaltssituation**

Nach einer Phase der Konsolidierung musste die Haushaltsrechnung schon seit 1992 ununterbrochen mit einer Unterdeckung abgeschlossen werden.

Alle Haushaltspläne und Jahresrechnungen im Ergebnishaushalt (bis 2008 Verwaltungshaushalt) wiesen seitdem zum Teil enorme Defizite aus und zwar mit steigender Tendenz.

## 15.2 Haushaltsjahr 2015

### Ergebnishaushalt

10.	Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	-288.793.588 €
19.	Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	307.641.733 €
20.	Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	18.848.145 €
23.	Finanzergebnis	19.920.430 €
24.	Ordentliches Ergebnis	38.768.575 €
27.	Außerordentliches Ergebnis	0 €
28.	Jahresergebnis	38.768.575 €
T32	Jahresergebnis nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen	38.768.575 €

### Finanzhaushalt

10.	Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	277.519.847 €
17.	Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	-273.611.545 €
18.	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	3.908.302 €
21.	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen	-19.920.430 €
22.	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-16.012.128 €
25.	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0 €
26.	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	-16.012.128 €
35.	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	17.371.071 €
42.	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-35.035.720 €
43.	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-17.664.649 €
44.	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-33.676.777 €
47.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten	7.963.199 €
50.	Saldo der Ein-/Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung	25.713.578 €
54.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	33.676.777 €

## 15.3 Haushaltsjahr 2016

### Ergebnishaushalt

10.	Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	-285.780.610 €
19.	Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	312.985.147 €
20.	Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	27.204.537 €
23.	Finanzergebnis	22.004.150 €
24.	Ordentliches Ergebnis	49.208.687 €
27.	Außerordentliches Ergebnis	0 €
28.	Jahresergebnis	49.208.687 €
T32	Jahresergebnis nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen	49.208.687 €



### **Finanzhaushalt**

10.	Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	274.836.053 €
17.	Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	-277.919.651 €
18.	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	-3.083.598 €
21.	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen	-22.004.150 €
22.	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-25.087.748 €
25.	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0 €
26.	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	-25.087.748 €
35.	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	18.133.061 €
42.	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-34.535.180 €
43.	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-16.402.119 €
44.	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-41.489.867 €
47.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten	7.822.419 €
50.	Saldo der Ein-/Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung	33.667.448 €
54.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	41.489.867 €

### **15.4 3. Nachtragshaushalt 2015/2016**

#### **Ergebnishaushalt**

10.	Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	-310.003.330 €
19.	Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	341.761.816 €
20.	Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	31.758.486 €
23.	Finanzergebnis	22.004.150 €
24.	Ordentliches Ergebnis	53.762.636 €
27.	Außerordentliches Ergebnis	0 €
28.	Jahresergebnis	53.762.636 €
T32	Jahresergebnis nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen	53.762.636 €

### **Finanzhaushalt**

10.	Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	299.073.123 €
17.	Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	-306.618.876 €
18.	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	-7.545.753 €
21.	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen	-22.004.150 €
22.	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	-29.549.903 €
25.	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0 €
26.	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	-29.549.903 €
35.	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	13.358.541 €
42.	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-29.189.628 €

43.	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-15.831.087 €
44.	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-45.380.990 €
47.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten	7.251.387 €
50.	Saldo der Ein-/Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung	38.129.603 €
54.	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	45.380.990 €

## 15.5 Die Entwicklung der Investitionskredite

### sowie die Belastung des Haushalts durch kreditähnliche Rechtsgeschäfte

#### Schuldenstand 2016

Zu Beginn 2016 beträgt der Ist-Schuldenstand voraussichtlich	156.364.477 €
In 2016 geplante Kreditaufnahme	16.356.087 €
Haushaltseinnahmerest 2015	<b>derzeit noch nicht bezifferbar</b>
Tilgungen sollen geleistet werden in Höhe von	<u>- 9.104.700 €</u>
Voraussichtlicher Ist-Schuldenstand Ende 2016:	163.615.864 €

## 15.6 Die Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung

Mit der defizitären Haushaltsentwicklung geht seit 1992 eine permanent negative Entwicklung in der Kassenliquidität einher. Sie spiegelt sich wider im **Ist-Fehlbetrag** des Verwaltungshaushaltes (Ergebnishaushaltes), der seit

**Ende 1991,** als er noch rund **5,1 Mio. €** betrug,  
in der Folgezeit ständig stieg und sich  
**Ende 2013** auf rund **648 Mio. €** belief.

Deshalb mussten bisher und müssen auch in den nächsten Jahren neben den (wenigen) Rücklagenmitteln permanent fremde Mittel in der Kasse vorgehalten werden.

Zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität wurden bei Geldinstituten Liquiditätskredite aufgenommen, die Ende 2015 rund 681,2 Mio. € betragen werden und bis Ende 2016 trotz Kommunalem Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz planmäßig auf ca. 717,2 Mio. € anwachsen werden.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite musste in den Haushaltsjahren 2014 auf 750 Mio. € und 2015 auf 760 Mio. € festgesetzt werden und wird im Haushaltsjahr 2016 auf 820 Mio. € erhöht.

Der Inanspruchnahme entsprechend hoch sind auch die hierfür zu zahlenden Liquiditätskreditzinsen. 2000/2001 mussten rd. 2,9 Mio. € bzw. 4,2 Mio. € aufgewendet werden; 2013 waren es (aufgrund der günstigen Zinsentwicklung) rd. 17,3 Mio. €. Durch die Einführung eines Aktiven Zins- und Schuldenmanagements entwickelte sich die **Zinsbelastung jedoch seit dem Jahr 2010** bei stark steigender Liquiditätskreditverschuldung in geringem Maße nach oben. Dieses Instrument soll auch in den künftigen Jahren weiter Anwendung finden und sogar noch weiter ausgebaut werden.

Jedoch wird auch im Jahr **2016** keine Verbesserung der Kassenlage eintreten; das Gegenteil wird weiter der Fall sein.

### Belastung des Haushaltes durch kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Der Haushalt ist aus einer Schuldendienstübernahme (Deutsches Rotes Kreuz) mit einer jährlichen Annuität (Summe von Zins- und Tilgungsleistungen) von 19.940 € belastet. Die bisher zu entrichtende Leibrente entfällt seit September 2015 nach dem Tod der Leistungsempfängerin.

## 15.7 Die Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse/Finanzmittelfehlbeträge

### 3. Nachtragshaushalt 2015/2016

Übersicht über die Entwicklung der Finanzmittelüberschüsse und -fehlbeträge						
lfd. Nr.	Ergebnis	Jahr	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	/J. Planmäßige Tilgung	+ zweckgebundene Tilgungseinzahlungen	= vorzutragende Beträge
in €*						
1	aus Haushaltsvorjahren vorzutragende Beträge, davon aus:					-258.686.117
2	6. Haushaltsvorjahr (Festgestelltes Jahresergebnis)	2009	-52.780.134	12.190.724	0	-64.970.858
3	5. Haushaltsvorjahr (Festgestelltes Jahresergebnis)	2010	-55.663.512	12.348.018	0	-68.011.530
4	4. Haushaltsvorjahr (Festgestelltes Jahresergebnis)	2011	-35.529.739	16.490.851	0	-52.020.590
5	3. Haushaltsvorjahr (vorläufiges Rechnungsergebnis)	2012	-20.632.901	14.802.828	0	-35.435.729
6	2. Haushaltsvorjahr (vorläufiges Rechnungsergebnis)	2013	10.397.730	26.690.113	0	-16.292.383
7	1. Haushaltsvorjahr (Ansatz des Haushaltsvorjahres)	2014	-11.498.037	10.456.990	0	-21.955.027
8	Jahresergebnis (Ansatz des Haushaltsjahres)	2015	-16.012.128	10.338.950	0	-26.351.078
9	Jahresergebnis (Ansatz des 2. Haushaltsjahres)	2016	-29.549.903	9.104.700	0	-38.654.603
10	vorzutragender Betrag					<b>-323.691.798</b>
11	geplanter Vortrag 2. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2017	-36.383.020	9.484.150	0	-45.867.170
12	geplanter Vortrag 3. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2018	-41.530.368	10.103.500	0	-51.633.868
13	geplanter Vortrag 4. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2019	-52.106.328	10.737.750	0	-62.844.078
14	<b>Summe</b>					<b>-484.036.914</b>

\* Angaben können auch in 1.000 € erfolgen.

## **15.8 Die Entwicklung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**

Die Bruttoausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen lagen im Haushaltsjahr **2009** bei 16.485.181 €. Sie blieben somit um rund 21,9 Mio. € hinter den Haushaltsansätzen (38.331.977 €) zurück, was einem Haushaltsvollzug von lediglich 43 % entspricht.

Ähnlich verhält es sich auch im Haushaltsjahr **2010**. Hier lagen die Bruttoausgaben mit 19.957.253 € um rd. 16,2 Mio. € hinter den Haushaltsansätzen (36.095.889 €), was einem Haushaltsvollzug von lediglich 55 % entspricht.

Im Haushaltsjahr **2011** lag das geplante Investitionsvolumen bei 43,9 Mio. €. Der Haushaltsvollzug entsprach hier lediglich 51,7 % und somit lagen die Bruttoausgaben bei 22,7 Mio. €.

Der Haushaltsvollzug in **2012** belief sich auf 58 %. Es wurde vom geplanten Investitionsvolumen von rd. 40 Mio. € knapp 23 Mio. € ausgezahlt.

Die geplanten Bruttoausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen lagen im Haushaltsjahr **2013** bei rd. 28,7 Mio. €. Davon wurden 21,5 Mio. € umgesetzt. Dies entspricht einem Haushaltsvollzug von 75 %.

Im Haushaltsjahr **2014** wurden Bruttoausgaben in Höhe von 34.664.550 € und im Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 35.035.720 € geplant.

Im Rahmen des Nachtragshaushaltes **2016** werden die Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen von 34.535.180 € auf 29.189.628 € reduziert.

## 15.9 Die Entwicklung des Eigenkapitals

### 3. Nachtragshaushalt 2015/2016

Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals			
lfd. Nr.	Ergebnis (gem. §2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO)	Betrag	nachrichtlich: aufgelaufenes Eigenkapital
		in 1.000 €	
1	Eigenkapital zum 31.12.2012	105.437	105.437
2*	+ Festgestelltes Jahresergebnis 2013	-4.092	100.317
3	+ Ansatz für Jahresergebnis 2014	-34.005	66.313
4	+ Ansatz für Jahresergebnis 2015	-38.769	27.544
5	+ Ansatz für Jahresergebnis 2016	-53.763	-26.219
6	+ geplantes Jahresergebnis 2017	-59.845	-86.064
7	+ geplantes Jahresergebnis 2018	-65.423	-151.486
8	+ geplantes Jahresergebnis 2019	-73.795	-225.281

\* Die Abweichung zwischen dem Eigenkapital zum 31.12.2012 und dem durch das negative Jahresergebnis 2013 beeinflusste Eigenkapital zum 31.12.2013 resultiert aus Berichtigungen von Wertansätzen aus der Eröffnungsbilanz, welche gemäß Artikel 8 § 14 KomDoppikLG ergebnisneutral mit der Kapitalrücklage verrechnet wurden.

## 15.10 Die Entwicklung der Jahresergebnisse

### 3. Nachtragshaushalt 2015/2016

Übersicht über die Entwicklung der Jahresergebnisse			
Ifd. Nr.	Ergebnis (gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 31 GemHVO)	Jahr	Betrag
			in 1.000 €
1	5. Haushaltsvorjahr (Festgestelltes Jahresergebnis)	2010	-77.119
2	4. Haushaltsvorjahr (Festgestelltes Jahresergebnis)	2011	-53.781
3	3. Haushaltsvorjahr (Festgestelltes Jahresergebnis)	2012	-52.176
4	2. Haushaltsvorjahr (Festgestelltes Jahresergebnis)	2013	-4.092
5	1. Haushaltsvorjahr (Ansatz des Haushaltsvorjahres)	2014	-34.005
6	Jahresergebnis (Ansatz des 1. Haushaltsjahres)	2015	-38.769
7	Jahresergebnis (Ansatz des 2. Haushaltsjahres)	2016	-53.763
8	<b>Zwischensumme</b>		<b>-313.705</b>
9	1. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2017	-59.845
10	2. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2018	-65.423
11	3. Haushaltsfolgejahr (Planung)	2019	-73.795
12	<b>Summe</b>		<b>-512.768</b>

## 16. Betriebe gewerblicher Art

### § 4 Körperschaftsteuergesetz (KStG)

Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 6 KStG sind vorbehaltlich des Absatzes 5 (Hoheitsbetriebe sind nicht BGA) alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich hervorhebt. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich.

#### Merkmale:

**1) Einrichtung**

- Eine Einrichtung kann sich aus einer besonderen Leitung, aus einem geschlossenen Geschäftskreis, aus der Buchführung oder aus einem ähnlichen auf eine Einheit hindeutenden Merkmal ergeben

oder

- wenn der Jahresumsatz 130.000 € übersteigt (nicht gesetzlich geregelt)

**2) Tätigkeit von einigem wirtschaftlichem Gewicht**

- Wenn in einer Einrichtung ein Jahresumsatz von 30.678 € nachhaltig übersteigt (nicht gesetzlich geregelt)  
Von einer nachhaltigen Überschreitung des Betrages kann ausgegangen werden, wenn der durchschnittliche Umsatz in drei aufeinander folgenden Jahren den Umsatz von 30.678 € übersteigt.

oder

- Wenn die juristische Person des öffentlichen Rechts mit ihrer Tätigkeit zu anderen Unternehmen unmittelbar in Wettbewerb tritt

**3) Wirtschaftliche Tätigkeit**

- Tätigkeit die auch von einem privaten Unternehmer ausgeführt werden kann

Keine wirtschaftliche Tätigkeit liegt vor

- bei Vermögensverwaltung
- bei hoheitlicher Tätigkeit

**4) Nachhaltigkeit**

Eine Tätigkeit, die während eines bestimmten Zeitraums mit der Absicht der Wiederholung ausgeübt wird.

Die Stadt Kaiserslautern ist durch ihre Betriebe gewerblicher Art (BgA's) umsatzsteuerpflichtig. Zur optimalen Berechnung und Kontrolle der Umsatzsteuer bzw. Vorsteuer wurde der Buchungs- bzw. Planungsprozess in diesem Bereich neu strukturiert.

Für einen BgA sind in der Regel mehrere Referate tätig. Daher waren die Mittel, die einem bestimmten BgA zuzuordnen sind, bis zum Haushalt 2010 auf verschiedene Teilhaushalte und damit auf verschiedene Kostenträger verteilt.

Seit dem Haushaltsjahr 2011 sind diese Mittel nun jeweils in einem Kostenträger und damit in einem Teilhaushalt gebündelt veranschlagt. Diese so genannten BgA-Kostenträger können, im Gegensatz zu den übrigen Kostenträgern, referatsübergreifend beplant und bebucht werden. Im Bereich der Betriebe gewerblicher Art gilt für den Ergebnishaushalt und für Investitionen grundsätzlich die Nettoveranschlagung; für den Finanzhaushalt gilt die Bruttoveranschlagung.

**Nettoveranschlagung:** Da im doppischen System die Buchungen bei den steuerpflichtigen Aufwendungen, Erträgen und Investitionen netto erfolgen, ist entsprechend in den Ansätzen die Mehrwertsteuer nicht enthalten. Jedoch unterliegen nicht alle Einnahmen und Ausgaben von BgA's der Steuerpflicht.

**Bruttoveranschlagung:** Ein- und Auszahlungskonten (6er- und 7er-Konten) hingegen sind brutto, d.h. inklusive Mehrwertsteuer, zu planen, da Ein- und Auszahlungen immer brutto geleistet werden.

## **17. Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz**

Die Verbesserung der Haushaltslage sowohl im Ergebnishaushalt als auch im nicht investiven Finanzhaushalt ist zum großen Teil auf die Teilnahme der Stadt Kaiserslautern am „Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz“ (KEF) zurückzuführen. Der korrespondierende Konsolidierungsvertrag wurde am 13.03.2013 durch den Oberbürgermeister (und am 25.04.2013 durch die ADD) unterzeichnet und begründet die Teilnahme rückwirkend zum 01.01.2012.

Der in 2013 erstmalig einzureichende Konsolidierungsnachweis für das Teilnahmejahr 2012 wurde der Kommunalaufsichtsbehörde im Dezember 2015 zugesandt und befindet sich derzeit noch in der aufsichtsbehördlichen Prüfung.

Die für 2015 geplanten städtischen Konsolidierungsmaßnahmen betragen im Soll etwa 9,35 Mio.€, davon sind mindestens 8,4 Mio. € im Konsolidierungsnachweis als tatsächlich kassenwirksam gewordene Konsolidierung nachzuweisen. Zusammen mit den Anteilen aus kommunalem Finanzausgleich (KFA) und dem Landeshaushalt in Höhe von jeweils 8,4 Mio. € verbessert die Teilnahme am KEF das Ergebnis von Ergebnishaushalt und des nicht investiven Finanzhaushaltes planmäßig um 26,1 Mio. €. Wird nur der von der Stadt zu erbringende Mindestbetrag in Höhe von 8,4 Mio. € erreicht, beträgt die Verbesserung etwa 25,2 Mio. €.

Angestoßen durch die laufende Prüfung der Aufsichtsbehörde befindet sich derzeit ein erster Entwurf zur Änderung des KEF-Vertrages in Arbeit, welcher auf eine Korrektur der Maßnahmenliste entsprechend der Umsetzbarkeit der vereinbarten Maßnahmen abzielt.

## **18. Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern**

Auf Verlangen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier werden erstmals seit Einführung der Doppik auch planbare Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern im Haushaltsplan dargestellt. Die Veranschlagung erfolgt in verschiedenen Teilhaushalten und wird im jeweiligen Finanzhaushalt unter den lfd. Nr. 55 und 56 abgebildet.



Teilhaushalt	Produkt		Ansatz
1 - Organisationsmanagement	5750 - Tourismusförderung / Tourist Information	Tourist Information Hardtickets	30.000
		Tourist Information CTS	110.000
4 - Umweltschutz	1224 - Tierschutz, Jagd- und Fischereiwesen	Jagd- und Fischereigebühren	16.500
	5520 - Öffentliche Gewässer, wasserbaul. Anlagen, Gewässerschutz	Wasserechtliche Erlaubnisse	2.000
5 - Finanzen	1162 - Kasse	Amtshilfe Allgemein	370.000
10 - Kultur	2620 - Konzerte der Stadt Kaiserslautern	Konzerte	50.000
11 - Soziales	3140 - Soziale Einrichtungen	Kaution Velo-Fahrrad	9.000
	3510 - Wohngeld	Wohngeld	900.000
12 - Jugend und Sport	3638 - Amtsvormundschaft	Mündelgelder	1.150.000
14 - Stadtentwicklung	5110 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen	Europe direct Informationszentrum	30.000
18 - Grünflächen	5530 - Friedhofs- und	Baumverkäufe RuheForst	110.600
19 - Zentrale Finanzleistungen	6110 - Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	Landwirtschaftskammerbeiträge	14.000
		Ortskirchensteuer EV	83.000
		Ortskirchensteuer Kath.	44.000
		Umsatzsteuer Dritte	300.000